

Bezugspreis:  
frei ins Haus monatlich 4,— Mark.  
Einzelnummer 30 Pfg.  
Bestellungen sind an die Expedition  
Brotbrückengasse Nr. 14, zu richten.

# GAZETA

# DZIENNIK GDAŃSKI

Redaktion und Geschäftsstelle:  
Danzig, Brotbrückengasse Nr. 14  
Telefon Nr. 1866 Postscheck-Konto Nr. 1307  
Bank-Konto: Bank Kwilecki, Potocki & Cie.  
Danzig, Hundegasse Nr. 85

Nr. 6

Danzig, den 10. Dezember 1921

I. Jahrg.

## Polen und Deutschland. Aus Anlass der deutsch-polnischen Verhandlungen über Oberschlesien.

Unser Pariser Korrespondent, Herr Kazimierz Smogorzewski, schreibt in einem seiner Pariser Briefe u. a.: „Der Berliner Korrespondent des „Journal de Geneve“ (vom 3. 12.), übermittelt seinem Blatte folgenden bemerkenswerten Brief mit der Überschrift: „Polen und Deutschland“. In diesem Briefe teilt er mit, dass „die Mehrheit der vernünftigen denkenden Deutschen dem Reichskanzler Wirth heute dafür Anerkennung zollt, dass er aus „freien Stücken die Verhandlungen mit Polen aufgenommen hat“ und das selbst diejenigen, die Anhänger solcher politischen Gedankenlosigkeiten, wie sie Herr Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichte, heute ihre Ansicht geändert haben. „Die Realpolitik hat die Politik des Vorurteils und der Phrase überwinden“, stellt der Korrespondent fest und setzt seinerseits hinzu: „Hat die deutsch-polnische Konferenz in der oberschlesischen Angelegenheit Chancen mit positiven Ergebnissen zu endigen? Deutsche Wirtschaftspolitiker antworten mit ja, wenn die Konferenz die Lösung der Frage, mit der sie sich beschäftigt, in der Einheit der wirtschaftlichen Fragen suchen wird, die beide Länder angehen. Auf diese Weise wird nationalistische Einseitigkeit aufhören, Unfrieden zwischen Warschau und Berlin zu säen. Schon im vorigen Jahre nahm man in Berlin an, dass in Polen sich eine Wendung vorbereite, dass die moralische Abrüstung begonnen hat. Die Regierung Witos schien zu verstehen, dass zwei Nachbarn nicht ewig mit blanken Messern einander gegenüberstehen können, und dass die wirtschaftliche Nachbarschaft beide zu einer Annäherung auf wirtschaftlichem Gebiete zwingt. Seit jedoch die Regierung Ponikowski ans Ruder gelangt ist, scheint man zu den „alten Fehlern zurückgekehrt zu sein.“ Hierauf muss geantwortet werden, dass die deutsch-polnischen Verhandlungen vor allen Dingen nicht „aus freien Stücken“ vor sich gehen, dass sie sich durchaus nicht als Resultat deutscher Grossherzigkeit darstellen, sondern, dass sie ganz einfach in Ausführung des Beschlusses der Botschafterkonferenz vom 20. Oktober in die Wege geleitet werden mussten. Wenn Dr. Wirth nun sich entschlossen hat, diese Verhandlungen aufzunehmen, hat er vor allen Dingen seinem eigenen Lande einen grossen Dienst erwiesen. Denn in der Note, die der Entscheidung vom 20. Oktober beigegeben war, schrieb Herr Briand: „Im Falle, dass einer der beiden Staaten, diesen Beschluss teilweise oder ganz nicht anerkennen sollte, ... behalten sich die alliierten Regierungen alle Schritte, die sie für nötig finden werden, vor.“ Was Herr Briand unter diesen Schritten verstand, davon gibt einen Begriff der halbamtliche „Temps“ vom 22. Oktober, der damals schrieb: „Sollten die Deutschen die Ausführung des Beschlusses verweigern, so würden die alliierten Mächte Polen den ihm zuerkannten Teil Oberschlesiens überantworten, während der deutsche Teil auch fernerhin von den Grossmächten besetzt gehalten würde.“ Das hätte natürlich den deutschen Interessen sehr geschadet. Es haben also jene Deutschen Recht, die den Kanzler Wirth loben, weil er auf die Aufnahme der polnisch-deutschen Verhandlungen eingegangen ist, mit der Absicht, einen Vertrag abzuschliessen, der die unterbrochene Fortführung des Wirtschaftslebens in Oberschlesien auch nach der Teilung sicher würde.

Nach den Aussagen des liberalen „Genfer Journals“ sind deutsche Wirtschaftspolitiker der Meinung, dass die deutsch-polnischen Verhandlungen nur dann zu einem guten Ende zu bringen seien, wenn die Konferenz sich mit der Gesamtheit der Wirtschaftsfragen befasst, die beide Länder interessieren. „Es scheint mir, dass jene deutschen „Wirtschaftspolitiker“ etwas zu politisch,

ja nur politisch denken. Polen steht auf dem Standpunkt, dass die deutsch-polnischen Oberschlesienverhandlungen nicht über die Grenzen hinausgehen dürfen, welche die Entscheidung der Grossmächte vom 20. Oktober gezogen hat. Ausserdem hat sich auch Deutschland dazu verpflichtet. Die Herren Schiffer und Lehwald nahmen das Arbeitsprogramm an, das ihnen von Herrn Kazimierz Olszowski vorgelegt wurde, und dessen erster Artikel eben ausführt, dass die Konferenz sich mit keinen anderen Fragen befassen darf, als mit jenen, welche die Entscheidung der Grossmächte vorseht.

Nach dem Abschluss des oberschlesisch deutsch-polnischen Vertrages wird übrigens die Reihe an die anderen Fragen kommen. Hat doch Herr Olszowski dem Vertreter des Wolffschen Telegraphenbüros u. a. erklärt: „Wenn die jetzige Konferenz beendet sein wird, werden wir neue Verhandlungen mit Deutschland in einer ganzen Reihe anderer Angelegenheiten anknüpfen“.

Es ist natürlich klar, dass zu diesen Angelegenheiten gehören werden: Rückgabe der Archive, Akten und Sammlungen, Zahlung von Militär- und Zivilrenten, die Garantie für die Emission der Kriessnoten, Options-, Kirchenbücher, Versicherungsangelegenheiten u. a. m.

Sehr charakteristisch ist die Bemerkung des Berliner Korrespondenten des Genfer Blattes, dass „die Regierung Ponikowski zu alten Fehlern zurückgekehrt ist“. Der Korrespondent scheint für einen Fehler etwas anderes anzusehen als wir. Einen Beweis dafür, dass die Regierung Ponikowski „zu alten Fehlern zurückgekehrt ist, sieht der Korrespondent darin, dass die polnische Regierung die Erledigung der deutschen Staatsgüterfrage in Polen in die Hand nimmt, wozu ihr natürlich jegliches Recht nach den Artikeln 254 und 256 des Friedensvertrages von Versailles zusteht. Es meint jedoch der Berliner Korrespondent des „Journal de Geneve“, dass „die Handlungsweise der polnischen Regierung nur ein Gegengewicht zum hakatistischen Programm darstellt.“ Der besagte Korrespondent schliesst folgendermassen: „Gewisse deutsche Stimmen trösten sich mit dem Gedanken an ein verbündetes Russland, das allen Schaden, den Deutschland in Oberschlesien erlitten hat, wettmachen soll. Auf eine solche Zukunft zu hoffen, ist Wahnsinn. Viel vernünftiger sind diejenigen Deutschen, die wünschen, dass Russland für Deutschland ein Absatzmarkt werden möchte und welche wissen, dass dieser Wunsch nur dann Wirklichkeit werden wird, wenn die deutsche Politik es fertig bringt, auf friedlichem Wege die polnische Scheidemauer zu stürzen, oder doch wenigstens das Einverständnis Polens zum Ueberschreiten dieser Mauer nach Osten zu erwirken.“

Es ist klar, dass auf diesem Gebiete zwischen Polen und Deutschland sich viel machen lässt. Die polnische Republik hat das Bestreben, in Ruhe und Frieden sein Haus einzurichten und seine wirtschaftliche Kraft zu entwickeln. Polen will ja gar keine Mauer sein, im Gegenteil, will es die Vermittlerin und die Bahnbrecherin für die grossen Handelswege von West nach Ost und von Süd nach Nord sein. Das polnische Volk wünscht nichts sehnlicher, als friedliche Zusammenarbeit mit allen seinen Nachbarn; aber unser verehrter deutscher Nachbar sollte doch auch endlich aufhören, mit dem Versuche, eine Mauer für uns zu sein und Polen vom Westen abzuschneiden. Der deutsch-polnische „modus vivendi“ wird leicht zu finden sein unter einer Bedingung, dass jeder von beiden Teilen ihn mit gutem Willen, ehrlich und ohne „Hintertürenpolitik“ suchen wird.

an eine Polonisierung Danzigs weder denkt, noch denken will und darf. Herr Biesiadecki äussert jedoch die Ueberzeugung, dass die deutsche Mehrheit in Danzig die Notwendigkeit eines näheren friedlichen Zusammenarbeitens mit Polen verstehen und billigen wird. Danzig zu entdeutschen, wäre töricht. Es vom preussischen Geiste zu befreien, wäre ein Verdienst für beide Teile. Um diesen preussischen Geist aus Danzig zu bannen, muss man politische und nationale Empfindlichkeiten berücksichtigen und die deutschen Rechte und ihren Charakter rücksichtsvoll behandeln. Hand in Hand mit dieser Politik muss der Ausbau der beiderseitigen wirtschaftlichen Beziehungen gehen.

Man darf wohl annehmen, dass die Worte des früheren Generalkommissars der Polnischen Republik auch unter der deutschen Bevölkerung der Freien Stadt ein sympathisches Echo hervorrufen werden.

### Rücktritt des Sejmarschalls Trampczyński?

Herr Dumouriez, der Mitarbeiter des „Journal de Pologne“, befragte den polnischen Reichstagspräsidenten Trampczyński, wieviel Wahres an den Gerüchten von seinen Rücktrittsabsichten sei. Der polnische Reichstagspräsident erklärte, dass die Gerüchte ohne Zweifel davon herrühren, dass er sich tatsächlich übermüdet und überarbeitet fühle. Er betonte, dass er sich von seinen vielen Verpflichtungen, die seine ganze Zeit in Anspruch nähmen, gerne zurückziehen möchte. Es stehe jedoch zu befürchten, dass sein Rücktritt neue Schwierigkeiten zur Folge haben könnte. Darum hält er das Ausharren in seiner Stellung, solange wie es ihm dazu nicht an Kraft gebricht, für seine Pflicht. Es stellt sich damit heraus, dass die Gerüchte von einem Rücktritt des Sejmarschalls frei erfunden sind.

### Ein Beitrag zum polnisch-russischen Notenwechsel.

Das Ministerium des Auswärtigen macht die Abschrift einer Note der Sowjetrussischen und ukrainischen Republik bekannt. Die Note ist datiert vom 22. November und enthält in Kürze folgendes: Die polnische Delegation verlangte die Uebereinstimmung des Transportes der Repatriierten mit den polnischen Bedürfnissen, in dem sie erklärte, sie würde in Baranowicz nicht mehr den Tausend in Rowno nicht mehr als 1500 Menschen täglich aufnehmen. Die russische Delegation hat hierauf zu erwidern, dass diese Massnahme für die polnischen Heimkehrer unangenehme Folgen könnte. Die russische Regierung kann den Bau von Baracken für die Heimkehrenden nicht auf sich nehmen, sie hält das nämlich für eine Pflicht Polens. Die massenhafte Ausreise aus Russland erklärt sich aus dem Hungerzustand im Wolgagebiet. Die Delegation lehnt die Verantwortung für alles, was an der Grenze vorsichgeht ab, und macht die polnische Regierung dafür verantwortlich.

Auf diese Note antwortete die polnische Regierung mit einer eigenen Note, in welcher sie den Vorwurf, als ob Polen den Repatriationsverkehr aufhielte, zurückweist, und feststellt, dass die Pflicht Baracken zu bauen und die sanitäre Pflege durchzuführen, wie auch die Ernährung der Heimkehrer zu besorgen nicht allein Sache der polnischen Regierung sei. Sie wirft der Sowjetregierung vor, dass sie die Heimkehrer aus Russland ausgehungert und in ungeheizten Wagons zur Grenze befördert habe. Die polnische Note schliesst mit einem Vorschlag, nach dem Polen Russland mit Verpflegungs- und Heizmaterial unterstützen werde, wenn die Sowjets für die polnischen Reemigranten Reiserestationen einzurichten geneigt wären. Dieser Vorschlag sei schon mehrere Male gemacht worden. Polen verlange nunmehr kategorisch von Sowjetrussland die Ordnung des Transportverkehrs. Ausserdem stellt die polnische Regierung in ihrer Antwort vom 18. November in Optionsangelegenheiten fest, dass die Sowjetregierung sich nicht an die Vereinbarungen des Friedensvertrages von Riga hält, welche die Option betreffen, indem sie sich das Recht zuschreibt, einseitig darüber zu bestimmen, wer das Recht haben soll, zu Gunsten Polens zu optieren.

### Diplomatenaudienz beim Ministerpräsidenten.

Der Ministerpräsident Ponikowski empfing den früheren polnischen Gesandten in Wien, Dr. Szarota, der im Begriff steht Warschau zu verlassen, um als Konsul und bevollmächtigter Minister nach Memel zu gehen, und Herrn Jan Woroniecki, der als Charge d'affaires nach Washington geht, in spezieller Audienz.

### Die Komitate von Zips und Ostrau unter polnischer kirchlicher Oberhoheit.

Vor Kurzem erst gelangten die Komitate von Zips und Ostrau unter die Machtbefugnisse des Bischofs von Krakau. Vorher gehörten diese Gebiete zu dem Tschechoslowakischen Bischof von Zips. Von 47 polnischen Pfarrgemeinden fielen 36 an Polen. Es sind dies zwei Dekarate, mit 823 Geistlichen, darunter 14 Slowaken. Die ungarische Regierung versetzte früher mit Vorliebe slowakische Pfarrer nach diesen Gegenden, um auf diese Weise das Polentum zu bekämpfen. In der „Gazeta Podhalańska“ schreibt Pfarrer Machay, ein Kenner der dortigen Verhältnisse, dass die polnische Regierung den greisen slowakischen Pfarrern die Versicherung abgegeben hat, sie nicht zum Predigen in polnischer Sprache zu zwingen. Es geht hieraus hervor, dass die polnische Regierung auch in diesen Komitaten wie überall, wo sie nationale Minderheiten übernommen hat, die Eigenart der ansässigen Bevölkerung zu respektieren gedenkt.

### Hardings Botschaft.

Abrüstung. — Handel. — Die Schulden der Alliierten.  
Washington, den 8. Dezember. Bei der Eröffnung des Kongresses waren anwesend die Delegierten aller

### Herr Biesiadecki

### über den Danzig-polnischen Vertrag.

Im Krakauer Schriftstellerklub hielt der frühere Generalkommissar der Polnischen Republik in Danzig, Herr Maciej Biesiadecki, einen Vortrag über den polnisch-Danziger Vertrag. Nach Besprechung einer Reihe äusserer Angelegenheiten, die die Grundlagen des Zustandekommens des Vertrages schildern, stellt Herr Biesiadecki fest, dass die wichtigsten politischen Fragen durch den Vertrag durchaus nicht endgültig geregelt worden seien, ja dass sogar die Rechte des freien Aufenthalts für polnische Bürger in Danzig nicht einmal gesichert worden seien. In dieser Hinsicht ist keine Besserung der Lage für die Polen in Danzig eingetreten. Nach wie vor hängt nämlich alles von dem guten Willen des Hohen Kommissars des Völkerbundes ab. Was die Zukunft anbetrifft, so erklärt Herr Biesiadecki, dass man



Staaten, die an der Konferenz in Washington teilnehmen. In seiner Jahresbotschaft, die vor dem Kongress der Vereinigten Staaten vorgelesen wurde, erklärt Präsident Harding u. a.: „Der Republik der Vereinigten Staaten droht kein Krieg. Der Frieden, in dem wir augenblicklich leben, wird angesichts des wahrscheinlichen Erfolges der Abrüstungskonferenz von Dauer sein. Ferner betonte der Präsident, dass es zwar nicht die Absicht habe, der Welt einen Abrüstungsplan aufzuzwingen, welcher vielmehr Sache der daran interessierten Völker sein müsste, sondern dass die Vereinigten Staaten ganz ohne egoistische Ziele den Völkern in dieser Beziehung ihre Hilfe angedeihen lassen wollen. Ein Handels- und Warenaustausch sind nur dann möglich, wenn alle Völker der Welt zur Arbeit und Mitarbeit zurückkehren. Was die Schulden der Alliierten anbetrifft, erklärte der Präsident, dass die amerikanischen Behörden die Schuldenfrage nicht allein regeln können. Sache des Kongresses wäre es, sein Einvernehmen mit der allgemeinen Richtung der Politik der amerikanischen Regierung zu erklären. Wenn man die Jahresprozente regeln könnte, würde das den Vereinigten Staaten beträchtlichen Nutzen bringen und würde das Verhältnis zu den Schuldnern bessern. Hierauf verbreitete sich der Präsident über Schiffsverkehrsangelegenheiten. Er erinnerte daran, dass die Regierung im Interesse des Schutzes der amerikanischen Handelsinteressen alle existierenden Handelsverträge kündigen müsste, um in die Lage versetzt zu werden, den Zoll der auf amerikanischen Schiffen nach Amerika transportierten Waren zu erniedrigen. Diese Kündigung aber könnte Unordnung in die nationalen Verhältnisse bringen. Die Bedeutung eines Volkes in handels-politischer Beziehung beruht mehr auf dem Export wie auf dem Import. Darum ersuchte der Präsident den Kongress, seine Einwilligung zur Hinausschiebung der Kündigungsfristen zu geben. Was den neuen Tarif anbetrifft, so erklärte der Präsident, dass die Einführung eines neuen Handelsvertrages in den Vereinigten Staaten zur Sicherung der Handelsbeziehungen mit der übrigen Welt notwendig ist. Auf diese Weise allein könnten viele Zweige der amerikanischen Industrie vor dem Ruin bewahrt werden.“

### Reichsdeutsche Pressestimmen.

**Immer noch Ponikowski.** — Die Regierung Ponikowski hat es mit allen verdorben, hält sich jedoch, weil Frankreich sie stützt, — immer und überall Frankreich. — Nach Angriffen auf Polen u. Frankreich der Versuch einer deutsch-polnischen Einigung oder eines polnisch-französischen Bruches. — Die „Rote Fahne“ kennt schon das Urteil im Kappprozess. — Auch die „Ostpr. Zeit.“ kennt es, verlangt jedoch die Aburteilung... der Revolution von 1918.

Die Rede des polnischen Ministerpräsidenten Ponikowski hat einen ernsthaften Sturm in der deutschen Presse entfesselt. Auch das „Berl. Tageblatt“ ergreift hierzu das Wort und schreibt u. a.:

„Im goldenen Saale des Posener Rathauses hat der polnische Ministerpräsident Worte gesprochen die durchaus nicht golden sind.“

Den Polen des ehemals preussischen Gebietes, die durch drei Jahre für die Abwehr einer zu engen Verbindung mit Warschau sich gemüht haben, musste die bittere Pille der bevorstehenden Aufhebung ihrer Sonderverwaltung verzuickert werden. Und dies geschah seitens Ponikowskis mit drohenden Worten an die deutschstämmigen Bürger Neupolens. Weil die Deutschen um die Ausführung des Minderheitenschutzvertrages nachsuchten, donnert der Ministerpräsident sein „Quos ego!“ über sie hin: „In Polen sind die Polen die Hausherren und werden ihre Souveränität zu wahren wissen!“ Man wird gut tun, diese hochamtliche Kundgebung für die oberschlesischen Verhandlungen zu vermerken, in denen die Sonderrechte der bei Deutschland verbliebenen Polen festzusetzen sind.“

Dieses Worte hält übrigens das „Berl. Tageblatt“ für ein Zeichen von Schwäche der Regierung Ponikowski, wenn man „in Polen überhaupt von einer Regierung sprechen kann“. „Berl. Tagebl.“ gibt vor, nicht zu wissen, wer in Polen als Regierung anzusprechen ist: Pilsudski, die Regierung, der Reichstag, die Kommissionen, die Presse oder schliesslich Frankreich.

„Jedenfalls nicht das Kabinett Ponikowski, denn es hat in kurzer Zeit verstanden, sich mit sämtlichen 16 Parteien des Parlaments zu überwerfen.“

Das Kabinett Ponikowski wird nach Ansicht des „Berl. Tagebl.“ weder von der Rechten noch von der Linken gestützt, weil man eine Wirtschaftskrise als Folge befürchtet. Ausserdem rettet Ponikowski seine Stellung mit Hilfe der öffentlichen Meinung der Strasse und der Popularität, die er sich durch Angriffe auf die Deutschen errungen hat.

Das „Berl. Tageblatt“ wundert sich über die Massen, dass in solchen Umständen das Kabinett Ponikowski auf unsicherer Grundlage dennoch sicher und zielbewusst arbeitet. Natürlich nur deshalb, weil Frankreich es stützt. Frankreich ist Schuld daran, dass Ponikowski sich in der Winafrage hinter die breiten Schultern Pilsudskis geflüchtet hat; Frankreich hat tschechisch-polnisches Einvernehmen zu Stande gebracht mit der programmatischen Absicht eine Scheidewand zwischen Deutschland und Russland zu errichten.

An dieser Stelle vergisst das „Berl. Tagebl.“ von seiner oben erwähnten Polemik mit den Polen und Ponikowski und richtet eine Reihe boshafter Bemerkungen an Frankreich:

„Paris gleicht jener Erscheinung biblischer Geschichten, die die ganze Hand nimmt, wenn man ihr den kleinen Finger gibt. Paris ist geschäftig daran, den deutsch-russischen Trennungswall auch nach Norden aufzubauen, Litauen in die französisch-polnische Sphäre zu ziehen. Der Pfiff der ersten deutschen Lokomotive, die in Russland ihre Probetrecke absolvierte, ist nicht nur in Warschau, sondern auch in Paris gehört worden und hat ein fieberhaftes Tempo der diplomatischen Maulwürfe verursacht.“

In gleichem Tone und mit ähnlichen Kommentaren bespricht das Blatt die Verhandlungen Rosenbaums in Warschau, die Memelfrage u. s. w., um schliesslich

zart auf die Frage des deutsch-polnischen Einvernehmens zu kommen:

„Dem französischen Einfluss in Polen — um diese milde Bezeichnung anzuführen — droht nur eine Gefahr: die Durchdringung der Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines wirtschaftlichen Einvernehmens mit Deutschland über das Pressegeschrei hinweg... In der polnischen Presse herrscht eitel Freude darüber, dass Herr Olszowski sofort nach Eröffnung der oberschlesischen Verhandlungen sich von Genf nach Paris begeben hat u. s. w.“

Beim Lesen derartiger Artikel weiss man wirklich nicht worüber man sich mehr wundern soll, über die Unverfrorenheit mit der deutsche Stimmen Polen das Recht absprechen, Herr bei sich zu Hause zu sein und dem Verlangen, den Deutschen in Polen für die frühere preussische Gewaltpolitik nun auch noch obendrein besondere Vorrechte zu gewähren, oder auch der Naivität dieser Pressediplomaten, die auf kürzestem Wege den Prozess gegen Polen gewinnen wollen indem sie Polen mit Frankreich entzweien wie sie schon versucht hatten, Einvernehmen zwischen Frankreich und England zu stören und dann im Trüben zu fischen.

Die „Rote Fahne“ beschäftigt sich mit dem Kapp-Prozess und prophezeit von vornherein, dass dieser Prozess folgendes Ende nehmen wird:

„Das subjektive Ergebnis des Prozesses ist heute schon ziemlich klar: entweder Freispruch oder ganz geringe Festungshaft, in Wirklichkeit auf jeden Fall ein Nichts.“

Objektiv wird er die Jammerlappigkeit der Ebert-Noske-Regierung aufdecken, die mit einer Harlekinade grossen Stils, als die der Kapp-Putsch heute sich enthüllt, nicht fertig werden konnte.

Die wahren Schuldigen am Unternehmen von Kapp und Lüttwitz stehen vor der Türe. Es sind nicht die Bauer-, Ehrhardt, Papst: sie waren nicht viel mehr als Jagow oder Wangenheim.

Die wahren Schuldigen erscheinen in den nächsten Tagen im Reichsgerichtsgebäude — und schwören ihren Zeugniss.

Die „Ostpr. Zeit.“ hingegen bereitet ganz offensichtlich, ohne sich weiter zu genieren, die öffentliche Meinung darauf vor, dass bei dem ganzen Kapp-Prozess ein grosses Nichts herauskommen wird.

Das Blatt schreibt u. a.:

Schon die Vernehmung des Angeklagten von Jagow zeigt, dass es der Staatsanwaltschaft äusserst schwierig sein wird, diesen Nachweis zu führen. Aber die eigentliche Kernfrage dieses Prozesses ist eine ganz andere, nämlich die, ob bei dem Kapp-Putsch überhaupt ein Hochverrat im Sinne des Absatzes 2 des Paragraphen 81 der Strafgesetzbuches begangen worden ist. Es muss der Nachweis geführt werden, dass die Angeklagten in der Tat die Absicht gehabt haben, die Verfassung des Deutschen Reiches gewaltsam zu ändern. Die Revolution von 1918 hat diese Absicht gehabt und hat sie auch in der Tat durchgeführt. Die Urheber und die Drahtzieher dieser Revolution sind niemals vor den Schranken eines Gerichtes erschienen und haben im Gegenteil für ihr Hochverratsvergehen die Belohnung wohlbezahlter Amisstellen erhalten.“

Allerdings klarer kann man seine „innerste Ueberzeugung“ wohl kaum ausdrücken. Ob aber die „Ostpr. Zeit.“ wohl nicht einzusehen vermag, dass eine Revolution das Werk eines ganzen Volkes ist, während der Kapp-Putsch die Tat einer beschränkten Gruppe von Männern gewesen ist, gegen deren politisches Dogma sich ja gerade das deutsche Volk im November 1918 erhob?

## Telegramme.

### Die Erhöhung der Tarife auf den Danziger Eisenbahnen.

Danzig, den 10. XII. In letzter Zeit sind von deutsch-Danziger Seite hier und da Klagen laut geworden, die die ersten Massnahmen der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig kritisieren und sich insbesondere darüber beschwerten, dass die polnische Verwaltung den ersten Tag ihrer Tätigkeit sofort mit einer Erhöhung der Tarife selbst im Vorortverkehr eröffnete. Im Interesse der Wahrheit stellen wir deshalb fest, dass schon am 1. November d. Js. die Freistädtliche Eisenbahndirektion durch eigene Verfügung ohne irgendwelches Einvernehmen mit der polnischen Eisenbahndirektion in Danzig diese Preiserhöhung für Billete, die am 1. Dezember d. Js. in Kraft treten sollte und auch getreten ist, verordnet hat. Eine kurze Notiz darüber brachten übrigens anfangs November schon die hiesigen Blätter.

### Neuer Streik in Berlin.

Berlin, 10. XII. Die Streiks in Berlin nehmen kein Ende. Die Teuerung, die immer noch nicht abnimmt, übt eben ihre Wirkung auf die Gemüter aus. Gestern früh traten nach einer Meldung des Wolffschen Telegraphenbüros sämtliche Arbeiter der Hoch- und Untergrundbahn in den Streik. Der ganze Betrieb der Hoch- und Untergrundbahn ist infolgedessen stillgelegt worden.

### Das irische Volk weist den Vorschlag Englands zurück.

De Valeras Erklärung. — Vor einer Volksabstimmung in Irland?

London, 9. 12. Nach einer langen Beratung des irischen Kabinetts in Dublin hat de Valera um Mitternacht eine Erklärung veröffentlicht, in der es heisst: Die Bedingungen des irischen Uebereinkommens stehen in starkem Gegensatz zu den Wünschen des irischen Volkes. Er halte es für seine Pflicht, unverzüglich zu erklären, dass er die Annahme des irischen Vertrages nicht empfehlen könne.

Die Erklärung de Valeras und die Spaltung unter den Sinnfeinern wird allgemein besprochen. „Daily Express“

sagt: Es sei wahrscheinlich, dass der Frieden dadurch verzögert werde. Eine irische Volksabstimmung sei der einzige Ausweg aus der Schwierigkeit.

### Olszowski in Oberschlesien.

Kattowitz, den 9. XII. Der Bevollmächtigte der polnischen Regierung, Herr Olszowski, ist am Donnerstag in Begleitung des Generalkonsuls der Poln. Republik in Oppeln bei der Interalliierten Kommission eingetroffen. Er erklärte dem Vertreter des Generals Le Rond, dem Gen. Marini, dass er es für seine Pflicht gehalten habe, vor Beginn der deutsch-polnischen Verhandlungen der Interall. Kommission seinen Besuch zu machen.

### Die englische Presse über die Resultate von Washington.

London, 9. 12. Der Sonderberichterstatter des „Daily Chronicle“ auf der Washingtoner Konferenz meldet, eine Regelung des Pazifistenproblems scheine gesichert zu sein. Die Hauptsache der Washingtoner Konferenz sei damit erreicht. Die Antwort Tokios sei eingetroffen. Endgültiges sei darüber nicht bekannt, doch sei anzunehmen, dass sie im grossen und ganzen die Annahme des am letzten Freitag entworfenen Planes bedeute. Dem Berichterstatter des „Daily Chronicle“ zufolge sind die Hauptpunkte des Uebereinkommens folgende: 1. Flottenverhältnisse 5 zu 5 zu 3 für England, Amerika und Japan. 2. Keine Befestigung der Küsten im Stillen Ozean. 3. Aufhebung des englisch-japanischen Bündnisses. 4. Ersetzung des englisch-japanischen Bündnisses durch eine Vierländerentente England, Amerika, Japan und Frankreich.

## Wirtschaftlicher Teil.

### Danziger Devisen vom 9. Dezember.

Devise	9. 12. Geld	9. 12. Brief
Dollarnoten . . . . .	186,81	187,19
Telegr. Auszahl. London . . . . .	784,20	785,80
do. Amsterdam . . . . .	—	—
Kościuszko Noten . . . . .	5,88½	5,91½
Auszahlung Warschau . . . . .	5,71	5,74
do. Posen . . . . .	5,68½	5,71½
do. Pommerellen . . . . .	—	—

Die Preise der Naitaprodukte seit dem 1. November betragen (für 1 Kg.): Benzin von 0,700—0,725 250 Mk., von 0,725—0,750 210 Mk., von 0,750—0,770 175 Mk., über 0,770 150 Mk., Nafta 55 Mk., Gasöl 60 Mk., Oel Schmierfähigkeit 2—4 bei 20° C. 80 Mk., 4,1—7 bei 20° C. 100 Mk., 7,1—12 bei 20° C. 120 Mk., 3—4 bei 50° C. 150 Mk., 4,1—5 bei 50° C. 180 Mk., 5,1—5 bei 50° C. 210 Mk., 6,1—7 bei 50° C. 500 Mk., Automobilöl 300 Mk., Fliegeröl, Gefrierpunkt 16, Schmierfähigkeit 10—12 500 Mk., Zylinderöl, Flammpunkt bis 230° C. 200 Mk., darüber hinaus je nach Vereinbarung, Vulkanöl 145 Mk., Asphalt 40 Mk., Koks 50 Mk., Paraffin, Schmelzpunkt 52° C. 50 Mk., für jede 2 weitere Schmelzpunkte 40 Mk. mehr, Kerzen 430 Mk., technisches Vaseline 160 Mk., raffiniertes 240 Mk.

Für geliehene Cysternen werden folgende Preise berechnet: bis 200 Km. 1,50 Mk. pro Km. u. Kg., von 200—400 Km. 2,00 Mk. pro Km. u. Kg., über 400 Km. 3,00 Mk. pro Km. u. Kg. Die Preise verstehen sich loco Raffinerie ohne Verpackung Parität Drohobycz ohne Steuern und Abgaben sowie ohne Fakturienstempel.

Exportabgaben für polnische Naitaprodukte. Am 1. November sind die Exportabgaben für Naitaprodukte erhöht worden. Die Sätze betragen jetzt (für 1 Kg.) Benzin bis 0,725 13 Mk., von 0,725—0,750 9 Mk., von 0,750—0,790 7 Mk., Nafta 5 Mk., Gasöl 0,860/0,880 4 Mk., Schmieröl leichtes V bis 3° E bei 50° E 4 Mk., schweres V von 3,1° E bei 50° E 5 Mk., Vulkanöl 5 Mk., Zylinderöl 5 Mk., Paraffin und Kerzen 12 Mk., Naftaschmiere (Gudron, Wazut, Asphalt, Heizöl 2 Mk., Vaseline 5 Mk., Naftakoks 2 Mk., feste Schmiere 3 Mk., Abfälle 3 Mk.

Infolge des Steigens der polnischen Mark, ist der Export von Naitaprodukten sehr behindert. Das Finanzministerium wird die einzelnen Sätze ermässigen, um den Export zu erleichtern. Diesbezügliche Verhandlungen sind im Gange.

Berliner Börsenbericht. Die rückwärtige Bewegung der Kurse kam heute in stärkeren Fluss. Veranlassung war die wesentliche Besserung der Mark im Auslande und die dadurch bewirkte Abschwächung der Devisenkurse und die Hoffnung auf erspriessliches Ergebnis der Verhandlungen über die Moratoriumfrage. Privatpublikum und Spekulation offenbar ängstlich geworden, hatten zahlreiche Verkaufsanträge gegeben, denen nur eine ganz ungenügende Aufnahmeneigung gegenüberstand.

Soweit die Verkaufsaufträge zu hoch liquidiert waren, kamen sie vielfach nicht zur Ausführung und infolgedessen erliefen die Umsätze eine Einschränkung. Die Kursrückgänge überstiegen vielfach 100% namentlich in Montanwerten, Maschinenfabrikaktien und chemischen Werten. So verloren Harpener 100, Köln-Neu-Essener 200, Mannesmann 140, Phönix 100, Rhein Stahl 120, Anglo Continental Guane 340, Rüttigerwerke 164, Bankaktion büsst den Teil 50—80% ein. Valutapapiere stellten sich gleichfalls erheblich niedriger auf die Ermässigung der Diversenkurse so 5% Mexikaner um 275. Das Geschäft stellte sich nach Erledigung der ersten Aufträge ruhiger; die Börse gewann mehr Widerstandsfähigkeit, zumal am Devisenmarkt eine leichte Befeuchtung eintrat.

Berlin, den 9. XII. Amsterdam-Rotterdam 6743,25, Buenos Aires 616,5, Brüssel Antwerpen 1411,05, Christiania 2747,25, Kopenhagen 3545,45, Stockholm 4520,45, Helsingfors 339,65, Italien 834,15, London 771,70, New York 188,31, Paris 1483,50, Schweiz 3671,30, Spanien 2697,30, Wien 648, Prag 216,75, Budapest 24,47, Poln. Noten 5,80.

Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Grimmssmann in Danzig. Druck „Towarzystwo Wydawnicze Pomorskie“. Verlag „Zienczenie Wydawnicze Polskie w Gdańsku“.